

## Groko steht – Deutschland darf weiter leiden



Das Ergebnis der unendlichen Koalitionsverhandlungen lässt sich mit den Worten zusammenfassen: Schlimmer geht's nimmer. Zumindest für unsere Heimat bedeutet die CDU/CSU/SPD Koalition der politische Supergau. Positive Veränderungen sind nicht zu erwarten und es stellt sich vielmehr die Frage, was den Bürgern in der

kommenden Legislaturperiode. Noch zugemutet wird. Angela Merkel wird weiterhin als Kanzlerin des Untergangs regieren. Damit aber nicht genug. Außenminister sollte erst (noch) SPD-Chef Schulz werden, dann wieder nicht, aber auch das restliche bekannte Kabinett lässt wenig Hoffnung aufkommen. In den ausgehandelten Themen zeichnet sich keine Verbesserungen ab. Eine erste Kostprobe durften die Menschen in unserem Land bereits medial vernehmen.

Im Bereich der Gesundheitspolitik haben sich Union und SPD darauf verständigt, dass eine Kommission eine gemeinsame Honorarordnung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung erarbeiten solle. Ob sie am Ende eingeführt werde, hänge von der Umsetzungsfähigkeit ab.

Im Bereich Zuwanderung wird weiter geklotzt. Die Integrationskurse wollen SPD und Union stärker ausbauen. Länder und Kommunen erhalten für alle Kosten, die mit der Aufnahme von Asylanten verbunden sind, bis 2021 weitere acht Milliarden Euro. Um die Einwanderung zumindest öffentlichkeitswirksam zu begrenzen, enthält der Vertrag eine Obergrenze von 180.000 bis 200.000 Asylanten pro Jahr. Der Familiennachzug soll auf 1000 Personen pro Monat begrenzt werden.

Für viele Rentner wird sich nichts verändern, den ein großer Teil der ärmeren alten Bürger fallen durch das Sieb der Solidarrente, weil sie die Kriterien nicht erfüllen. 35 Beitragsjahre sind eine hohe Hürde, um in den Genuss dieser Rente zu kommen, den gerade einmal etwas über 20 Prozent der Rentner erreichen, kritisierte auch berechtigterweise der Paritätische Verband. Vier von fünf Rentnern, die nicht einmal die Grundsicherung erhalten, haben von der Solidarrente somit nichts.

## Weitere Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe

An den ersten Karnevalstagen wurden erneut sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen gemeldet. Die ersten Berichte stammen u.a. aus Köln, Düsseldorf und Krefeld. So sollen eine 21- und 22 Jahre alte Frau vergewaltigt worden sein. Weitere sexuelle Nötigungen soll es in Düsseldorf und Krefeld gegeben haben. Am Rosenmontag werden wieder tausende Polizisten und Mitarbeiter der Ordnungsämter die Karnevalsumzüge schützen. Ob diese Anzahl auch ausreichen wird, um weitere Straftaten oder Terrorakte zu verhindern, wird sich zeigen.

## Drogendealender Asylant und Gefährder wieder freigelassen

Die Berliner Polizei soll einen festgenommenen islamistischen Gefährder und Drogendealer wieder freigelassen haben. Wie bei dem IS-Terroristen Amri soll der vorübergehend Festgenommene ein Tunesier sein, der abgelehnt war und nicht abgeschoben wurde. Der Mann habe sich in den vorangegangenen Wochen schon dreimal der Abschiebung entzogen und sei untergetaucht, teilte die Polizei mit. Im April 2017 lehnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seinen Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" ab. Von nun an galt Fatih Ben M. als "vollziehbar ausreisepflichtig". Nach seiner erneuten Freilassung tauchte er erwartungsgemäß sofort wieder unter. Bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen 43-jährigen tunesischen Drogendealer, der im Dezember vergangenen Jahres auf frischer Tat beim Handel ertappt worden war, aber wieder freigelassen wurde – obwohl der Mann als abgelehnter Asylbewerber vollziehbar ausreisepflichtig war.

Damit aber nicht genug, denn mal gab sich der Asylant bei den Behörden als Tunesier aus, dann als Algerier, Marokkaner oder Libyer. Insgesamt nutzte er laut Polizei 20 verschiedene Alias-Identitäten. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Verhalten dienstliche Konsequenzen für die Berliner Beamten hat. Bereits in den vergangenen Monaten war die Berliner Polizei immer wieder Gesprächsthema, weil der Vorwurf der Unterwanderung durch arabische Clans bestritten wurde.

## 300.000 Kita-Plätze fehlen in Deutschland



Weiterhin fehlen für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Deutschland über 300.000 Plätze. Das geht aus einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hervor. Gleichzeitig ist aufgrund höherer Geburtenzahlen die Kinderzahl deutlich gestiegen, sodass die Betreuungslücke nach wie vor bei 300.000 Plätzen liegt. Dabei gibt es deutliche regionale Unterschiede. Mit 57,0 Prozent liegt die höchste Betreuungsquote für unter Dreijährige in Sachsen-Anhalt und mit 26,3 Prozent die niedrigste Betreuungsquote in NRW. Ebenfalls große Unterschiede gibt es zwischen den Altersgruppen. Während von den Ein- bis Zweijährigen 36,6 Prozent in einer Einrichtung betreut werden, sind es bei den Zwei- bis Dreijährigen mit einer Quote von 62,0 Prozent fast doppelt so viele.

## Auf zum politischen Aschermittwoch

14.02.2018, ab 10.00 Uhr Einlass

### Aschermittwoch der Republikaner

Es ist Zeit Klartext zu reden

Am 14.02.2018 findet der nächste politische Aschermittwoch der Republikaner in Bayern statt.

#### Ort:

Wambach/Taufkirchen-Vils, Gasthof Kronseher.  
Einlass ist ab 10.00 Uhr.  
Beginn um 11.00 Uhr

## REP Niedersachsen stellen neue Werbekarte vor



Die niedersächsischen Parteifreunde werben mit weiteren Themenschriften und einer neuen Postkarte für unsere Partei und wollen damit die Strukturen weiter ausbauen. Wer an den Verteilungen mitwirken will, kann sich bei Landesverband melden: [niedersachsen@rep.de](mailto:niedersachsen@rep.de).

## Prozess gegen Linksradike geht weiter

Bereits im vergangenen Jahr haben wir über den Prozess gegen zwei linksverwirrte Gegendemonstranten berichtet, die sich vor Gericht verantworten müssen. Hintergrund war eine öffentliche Kundgebung des REP-Kreisverbandes Düsseldorf, bei der es u.a. zu mehreren Übergriffen auf Teilnehmer der Veranstaltung und auf einen Lautsprecherwagen der Partei kam. Zwei stadtbekannte Größen der linken Szene mussten sich bereits wegen Landfriedensbruch und Störung einer Versammlung vor dem Amtsgericht verantworten und wurden verurteilt. Die Angeklagten (Torsten Nagel und Mischa Aschmoneit) wurden insgesamt zu einer Geldstrafe von 8800 Euro verurteilt. Am 09.03.18 findet die nächste Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Düsseldorf statt.

## HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 5 oder <http://www.rep.de/mitglied-werden>**



Redner sind u.a.: Tilo Schöne (REP-Landesvorsitzende Bayern), Martin Huber (REP-Bezirksvorsitzende Oberbayern) und Andre Maniera (stellv. Bundesvorsitzende).

## REP NRW mit neuen Verteilungen im Ruhrgebiet

Bereits im vergangenen Jahr haben die nordrhein-westfälischen Republikaner mehrere Verteilungen und Veranstaltungen in verschiedenen Ruhrgebietsstädten durchgeführt. In der Herzkammer des Bundeslandes werden diese Aktivitäten auch 2018 fortgesetzt. In den kommenden Wochen zeigen wir daher wieder Flagge in Gelsenkirchen, Herne, Oberhausen, Bochum, und Duisburg.

Auch andere Kreisverbände sind aktiv. In der Landeshauptstadt Düsseldorf hat der lokale Verband ein weiteres Themenblatt erstellt, mit dem er die Bevölkerung über die Kernziele informieren will. Die Verteilung startet direkt nach den Karnevalstagen.

## Reaktivierung des REP-Landesverbandes Saarland

Längere Zeit war um den Landesverband der Republikaner im Saarland ruhiger geworden. Das soll sich nun ändern. In den vergangenen Wochen haben sich interessierte Bürgerinnen und Bürger gemeldet, aber auch Mitglieder anderer Parteien, die sich in unserer Gemeinschaft engagieren wollen. Ziel ist der Wiederaufbau des lokalen Landesverbandes, weshalb wir alle freiheitlich-konservativen Menschen zur Mitwirkung aufrufen. Wenn Sie aus dem Saarland kommen und sich politisch einbringen wollen, wenden Sie sich bitte an den Bundesverband: [kontakt@rep.de](mailto:kontakt@rep.de)

Spenden für  
Deutschland >



## Kontakt:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder [kontakt@rep.de](mailto:kontakt@rep.de)

[Informieren Sie sich über unsere Arbeit](#)

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,  
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

## VERANSTALTUNGSKALENDER

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politische Stammtische in verschiedenen Städten des Landkreises, wie z.B. am 20.02., um 18.00 Uhr, in Bruchsal oder am 25.02., um 10.00 Uhr, um Waghäusel. Weitere Informationen unter: 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Info unter: Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Jeden ersten Montag im Monat findet ein politischer Stammtisch statt. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Infos unter: 069/522500.
- **Kassel:** Vierwöchentliches Informationstreffen unserer Partei. Infos unter: Tel. 0661/603746,
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend des REP-Kreisverbandes, ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie direkt beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de
- **Kreis Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** Monatlicher Informationsabend, abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, um 20.00 Uhr, in Herford. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve. Infos unter: kleve@rep.de
- **Vogtland:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER (REP)**  
**Bundesverband**  
**Postfach 870210**  
**13162 Berlin**



## Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: [bund@rep.de](mailto:bund@rep.de)

Titel, Vorname, Nachname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Telefax \_\_\_\_\_

E-Post \_\_\_\_\_

Konfession / Beruf / Tätigkeit \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) \_\_\_\_\_ Zahlungsart  Überweisung  Lastschrift Zahlungsrhythmus  jährlich  halbjährlich

Beitrag mind. **10,00 € monatlich**, bzw. **5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen**. Die Aufnahmegebühr beträgt **10 €**.

### Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut \_\_\_\_\_ BIC/Swift-Code \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Landesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	<b>Bundesverband</b> <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG  EDV  Ausw.  Mitgl.nr.